Tarnung

Zum Streit um Migranten und den Neubau einer Moschee in Erfurt, überwiegt bei mir das Mißtrauen gegenüber dem Islam

Leserbrief. Die Islam Leute hier im Land reden nur zur Tarnung, die von der Mehrheit unserer naiven Politiker und Kirchenvertreter meistens nicht durchschaut wird, immer gerne vom Islam als Religion des Friedens und der Toleranz und treten auf als Anhänger einer multikulturellen Gesellschaft. Seltsamerweise gibt es dort, wo der Islam herrscht, kaum multikulturelle Verhältnisse europäischen Standards mit Freiheitlichkeit, Toleranz und Demokratie sondern vorwiegend Diktaturen Intoleranz gegen Andersdenkende und Andersgläubige sowie die meisten politischen Gefangenen Hinrichtungen und Morde. Bevor sich das nicht zum Positiven geändert hat, was kaum zu erwarten ist, sollte man der Einwanderung, Ausbreitung und Vermehrung des Islam in Deutschland und Europa mit großer Vorsicht und Restriktion begegnen, sonst könnte es eines Tages ein böses Erwachen geben! denn der für die gläubigen Muslime als geistig - religiöse und politische Richtlinie verbindliche Koran beinhaltet nach wie vor die Unterwerfung der Ungläubigen (Christen, Laizisten und andere) und verspricht den Muslimen als Lohn die Aneignung der Länder und Güter der Fremden.

Frank Lange
Ebenhardser Dorfstr.2
98646 Hildburghausen

(Leserbriefe spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider. Um die Meinung der Leser nicht zu verfälschen, werden Leserbriefe nicht zensiert, gekürzt und korrigiert. Mit der Einsendung geben Sie uns automatisch die Erlaubnis, Ihren Leserbrief in unserem Medium abzudrucken und online auf unserer Internetseite zu veröffentlichen.)

Lesermeinungen zum Diskussionsaufruf

„Ihre Meinung ist gefragt" in der SR, Ausgabe KW 45:

Nein zum Migrationspakt

Leserbrief. Ich möchte Bezug nehmen auf die Stellungnahme unseres CDU MdB Mark Hauptmann.

Der Text ist toll geschrieben, schön verschachtelt und das Fremdwörterbuch sollte nicht weit weg sein, um diesen Text zu verstehen. Beruhigt man damit die Bürger? Ich glaube kaum.

Ich selbst bin CDU Mitglied und im Vorstand der Werte Union im Bund und in Thüringen.

Manchmal frage ich mich doch allen Ernstes, ob man derzeit noch an unsere gewählten Vertreter glauben kann. Sollten unsere Vertreter nicht auf ihre Wähler hören und im Interesse der Wähler Politik machen? Ein Pakt, der angeblich „nicht bindend" ist und 87 mal „wir verpflichten uns" enthält, ist von vorn herein eine Mogelpackung und kann nicht unterschrieben werden. Er ist ein Widerspruch in sich.

Selbstverständlich müssen Schleuser bestraft werden. Werden sie das künftig? Der Vertrag ist doch „nicht bindend".

Im Gegenteil soll und wird es dazu kommen, dass jeder Migrant sich sein Zielland aussuchen kann. Er wird es danach aussuchen, wo das beste Sozialsystem ist. Damit schafft der Pakt weitere Anreize nach Deutschland zu kommen. Wir wiederum verpflichten uns, die Migranten mit Papieren auszustatten. Wir machen so illegale zu legalen Migranten. Warum benötigt es einen Pakt, um Papiere aus den Herkunftsländer zu bekommen? Das wäre doch jetzt schon möglich.

Die Polizei ist jetzt schon gefordert, wie wollen Sie, Herr Hauptmann, dafür sorgen, dass wir uns wieder sicher im eigenen Land fühlen? Bitte keine inhaltsleeren Floskeln mehr: nehmen Sie die Ängste und Sorgen der Bürger und Ihrer Wähler ernst! Sonst wählen die Sie ab.

Dieser UN-Migrationspakt darf nicht unterschrieben werden, solange nicht geklärt ist, dass er für Deutschland nicht zu unkalkulierten Mehrbelastungen führt.

Die WerteUnion ruft hierzu zu einer Unterschriftensammlung auf unter: www.sag-uns-deine-Meinung.de

Angela Wanner
Hildburghausen

(Leserbriefe spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider. Um die Meinung der Leser nicht zu verfälschen, werden Leserbriefe nicht zensiert, gekürzt und korrigiert. Mit der Einsendung geben Sie uns automatisch die Erlaubnis, Ihren Leserbrief in unserem Medium abzudrucken und online auf unserer Internetseite zu veröffentlichen.)

Das Drama „Straßenausbaubeiträge"

Leserbrief. In vielen Bundesländern werden die Bürger trotz sprudelnder Steuereinnahmen weiterhin für zuweilen luxuriös ausgebaute Straßen abgezockt, unabhängig davon, ob die Grundstücksbesitzer ihre Altersvorsorge hinblättern müssen bzw. überhaupt finanziell dazu in der Lage sind. In manchen Bundesländern wie in der verschuldeten Hauptstadt Berlin gibt es keine Straßenausbaubeiträge. Wie sollte man auch von den Clans in den No-Go-Areas, in die selbst die Polizei nur noch mit einem großen Aufgebot hineingeht, jemals Straßenausbaubeiträge einfordern können?

In Bayern hat man dem Druck der Bevölkerung nachgegeben und diese Kommunalabgaben im Zuge der bevorstehenden Landtagswahl gesetzlich abgeschafft. Und wer glaubte, die Thüringer Landesregierung zieht mit und nutzt die bayerischen Erfahrungen, um für seine Bürger Entlastungen zu bringen, der hatte ganz schnell wie in den vergangenen Jahres ein böses Erwachen.

2010 hat der damalige Innenminister Huber im seinerzeit CDU-regierten Thüringen für unser Steuergeld Gutachten in Auftrag gegeben, die Kommunen um diverse Zuarbeiten gebeten und den Anschein erweckt, man wollte ernsthaft Gesetzesänderungen zur Entlastung der Grundstückseigentümer von ungerechten und überhöhten Kommunalabgaben vornehmen. Herr Huber hat sogar seine Untertanen empfangen und diese durften dem Innenminister ihre Stellungnahmen, Bedenken, Probleme der Bürger, Vorschläge vortragen - eine einzige Farce.

Auch die Rot-Rot-Grüne Regierung unter Ramelow änderte zunächst nicht die Gesetzeslage. Im Gegenteil, die Kommunen wurden weiterhin von den Landratsämtern unter Androhung von Strafen gezwungen, die Straßenausbaubeiträge rückwirkend bis 1991 einzufordern. Sollte sich ein Bürgermeister weigern und keine Beiträge von seinen Grundstücksbesitzern einkassieren, wäre dieser verpflichtet worden, diese Beträge aus privater Tasche zu bezahlen. Erst nach Ablauf der gesetzlichen Fristen, bis zu denen die Straßenausbaubeiträge verpflichtend waren, wurden aus Erfurt „Wohltaten" verkündet. Die Kommunen, die es sich leisten können, dürfen auf Straßenausbaubeiträge verzichten, was aber nicht für die alten Baumaßnahmen rückwirkend bis 1991 möglich war. Das hat man den Bürgern nicht erzählt, sondern den schwarzen Peter den Kommunen zugeschoben. Als Bürgermeister mit seinem Gemeinde- bzw. Stadtrat hatte man nur noch die Option, die kleinstmöglichen Beitragssätze von seinen Bürgern einzufordern. Trotzdem gab es bei uns in der Gemeinde Reurieth in dieser Variante einige Härtefälle, so mussten manche Grundstücksbesitzer für die letzten 25 Jahre insgesamt mehr als 1000 € Straßenausbaubeiträge bezahlen.

Bis heute gibt es aus der Erfurter Staatskanzlei keine klaren Ansagen über den Verfahrensweg der angesagten endgültigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Es herrscht nach wie vor in den Kommunen eine von der Politik geschürte Verunsicherung. Herr Ramelow will erst Haushaltsrisiken abprüfen. Er äußert Bedenken, dass ohne Ausbaubeiträge Gelder für Kinderbetreuung, Schulen, Universitäten fehlen könnten, ohne allerdings zu erwähnen, dass allein 2017 der Landesregierung durch den Thüringer Rechnungshof überflüssige Ausgaben in Höhe von 60 Millionen Euro attestiert wurden. Bevor man Bürgern tief in die Tasche greift, sollten sich die Verantwortlichen in der Landesregierung an die eigene Nase fassen und vor allem nie vergessen, dass sie aus den Steuergeldern der von Straßenausbaubeiträgen Betroffenen überdurchschnittlich bezahlt werden.

Dass sich Parteien gegenwärtig im Landtag um die „Trophäe" streiten, grenzt an bodenlose Frechheit und ist Ausdruck der Ignoranz der Regierung gegenüber dem Volk.

Im jüngst in alle Haushalte geflatterten CDU-Parteiblatt übertrifft man sich selbst mit Forderungen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und verkündet stolz, dass sogar Rot-Rot-Grün einlenkt. Wo war die CDU mit dieser Forderung bis September 2018? Schnell noch eine Profilierung vor der kommenden Landtagswahl und danach wie immer: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern!"

Die eigentlichen Kämpfer zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sind nicht unsere Politiker und Volksvertreter im Landtag, sondern die vielen Bürgerinitiativen vereint in der Bürgerallianz Thüringen (www.birso.de). Die Mitglieder dieses Vereins, insbesondere der Vorsitzende Herr Wolfgang Kleindienst, führen schon über viele Jahre einen kräftezehrenden Kampf für die Abschaffung von Zwangsabgaben jeglicher Art. Unterstützt werden sie vom Verband Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN). Leider beteiligten sich viel zu wenige Thüringer an Protestaktionen vor dem Thüringer Landtag. Hier sollten wir uns ein Beispiel an den Franzosen nehmen. Wenn die Satzungen beschlossen sind und die Beitragsbescheide ins Haus flattern, ist es zu spät. Der Druck muss im Vorfeld von der Bevölkerung kommen. Wir sollten uns auch nicht mit der Ausrede, dass eine Gegenfinanzierung durch das Land nicht möglich ist, abspeisen lassen. Unsere Steuern versickern, für immer verloren. Deutschland ist in Europa ein Land, das laut EU-Statistik bei den Ländern mit den höchsten Abgaben und Steuern, den geringsten Vermögen und der niedrigsten Renten ist. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen gibt es keine Entlastungen für die Bürger, sondern mehr Kinder- und Altersarmut, aber viele Milliarden für eine raffgierige, aufgeblähte „EU-Regierung" und Millionen für illegal ins Land eingereiste Wirtschaftsflüchtlinge (ich meine nicht die Kriegsflüchtlinge), die durch den Merkelschen Migrationspakt zu legalen gemacht werden sollen.

Annette Häfner,
Bürgermeisterin
der Gemeinde Reurieth

Kolumne des CDU-Bundestagsabgeordneten Mark Hauptmann

Bund ermöglicht mehr digitale Bildung in Thüringens Schulen

Klartext aus Berlin

Berlin. Die Fraktionsspitzen von Union, SPD, FDP und Grünen haben sich auf die Grundgesetzänderung zur Umsetzung des „Digital-Pakts Schule" geeinigt. Damit ist der Weg frei für mehr digitale Bildung in Deutschland. Mit 5 Milliarden Euro kann der Bund die Länder dabei unterstützen, Schulen mit schnellem WLAN und der notwendigen digitalen Infrastruktur auszustatten. Von dem gefundenen Kompromiss profitieren auch die Thüringer Schulen. Ohne Zweifel: Unsere Schulen müssen den neuen Anforderungen, die die Digitalisierung mit sich bringt, gerecht werden. Da geht es nicht nur um die technische Ausstattung, sondern auch um pädagogische Konzepte in Reaktion auf die digitale Welt. Ich freue mich, dass wir im Bund nun unser Versprechen einlösen können und die dafür vorgesehenen Bundesmittel an die Schulen in den Kommunen fließen. Der „Digital-Pakt Schule" sieht vor, dass bis zum Jahr 2021 alle Schülerinnen und Schüler zu jeder Zeit, wenn es pädagogisch sinnvoll erscheint, eine digitale Lernumgebung nutzen und Zugang zum Internet haben. Diese ehrgeizigen Ziele sind mit Blick auf die technischen Ausstattungsfragen nur gemeinsam mit dem Bund zu erreichen. Der „Digital-Pakt Schule" von Bund und Ländern wird eine Grundlage für diese Zukunftsaufgabe schaffen und die digitale Ausstattung aller Schulen in den nächsten Jahren spürbar verbessern. Die neben der Änderung des Grundgesetzes dazu notwendige Bund-Länder-Vereinbarung befindet sich auf der Zielgeraden. Sie soll am 6. Dezember 2018 unterzeichnet werden. Meine Position ist klar: Auch die Bundesländer müssen nun der Grundgesetzänderung im Bundesrat zustimmen und damit ihren Teil des „Digital-Pakts" einlösen. Ich kann nur an die rot-rot-grüne Thüringer Landesregierung appellieren, das Milliardenpaket für unsere Schulen nicht zu blockieren. Im zweiten Schritt ist es die Aufgabe des Thüringer Bildungsministeriums, neue pädagogische Konzepte für eine gute digitale Bildung zu fördern und die Lehreraus- und -fortbildung anzupassen. Denn Investitionen in die Bildung unserer Schülerinnen und Schüler sind Investitionen in die Zukunft.

Herzlichst

Offener Brief von Günther Meißner an Alfred Emmert

Werter Herr Emmert,

seit Sie sich in Ihrer Zeitung öffentlich und kritisch zu bestimmten kommunal-politischen Themen äußern, hat Ihre „Südthüringer Rundschau" enorm an Substanz gewonnen.

Daß man Sie durch irgendwelche Drohungen oder gar gerichtliche Schritte mundtot machen will, ist äußerst bedenklich und zeigt den wahren Charakter dieser Personen oder Institutionen.

Dabei halten Sie sich doch immer an Fakten und wahre Begebenheiten. So z.B. in dem Beitrag zum 10-jährigen Bestehen des „Theatervereins e. V. Hildburghausen". Allein die widerwillig überreichte Urkunde ist vom Text und von der Gestaltung her an Oberflächlichkeit und Primitivität nicht zu überbieten.

Das haben die vielen Ehrenamtlichen, die in den Vereinen und Verbänden das kommunale und kulturelle Leben in unserer Stadt wesentlich mit prägen, wirklich nicht verdient. Solche Unzulänglichkeiten an den Pranger zu stellen und öffentlich zu machen, ist Ihr gutes Recht.

Werter Herr Emmert, bitte lassen Sie sich nicht unterkriegen. Viele Bürger Hildburghausens stehen fest an Ihrer Seite!

Mit freundlichen Grüßen
Günther Meißner
Hildburghausen

Leserbriefe - In eigener Sache:

sr. Leserbriefe geben die Meinung des Verfassers wieder und stellen keine redaktionelle Meinungsäußerung dar. Achten Sie darauf, dass sich Leserbriefe mit konkreten Inhalten der Zeitung auseinandersetzen sollten. Auf Grund der Fülle der Leserbriefe, die unsere Redaktion erreichen, muss der Umfang ab sofort auf **maximal 4000 Zeichen (Leerzeichen inbegriffen) begrenzt** werden. Es können nur Leserbriefe berücksichtigt werden, die digital (Word-Datei oder pdf-Datei - nicht eingescannt) angeliefert werden.

Achtung: Wir behalten uns vor, Leserbriefe mit mehr als 4000 Zeichen nicht zu veröffentlichen und diesen dem Absender mit der Bitte um Kürzung zurückzusenden.

Texte werden von uns redaktionell nicht bearbeitet (Orthographie, Grammatik, Stilistik, Ausdruck usw.), sondern nur im Original abgedruckt. Leserbriefe müssen den Vor- und den Nachnamen sowie eine Adresse enthalten. **Mit der Einsendung geben Sie uns automatisch die Erlaubnis, Ihren Leserbrief in unserem Medium abzudrucken und online auf unserer Internetseite zu veröffentlichen.**

Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht.

Landtagsabgeordneter empfängt Besuchergruppe in Erfurt

Erfurt. Auf Einladung des Landtagsabgeordneten Tilo Kummer weilt am Mittwoch, dem 12. Dezember 2018 eine Besuchergruppe aus dem Landkreis Hildburghausen in Erfurt. Folgende Abfahrtszeiten und Zustiegsmöglichkeiten teilt das Büro des Abgeordneten mit:

- 10.30 Uhr am Busbahnhof Hildburghausen
- 10.40 Uhr am Polizeiparkplatz Mitzenheim- Straße
- 10.55 Uhr am Busbahnhof Schleusingen (neu)
- 11.05 Uhr Bushaltestelle Erlau

In Erfurt ist zuerst ein Besuch des Weihnachtsmarktes vorgesehen. Das offizielle Besuchsprogramm im Landtag beginnt um 14.30 Uhr mit der Einnahme eines Essens.

Weitere Informationen zum Ablauf können die Teilnehmer unter Tel. 03685 709537 oder per Mail an tilo.kummer@gmx.de erhalten.

Rauchmelder beschädigt

Eisfeld (ots). Unbekannte beschädigten einen Bewegungsmelder, der im Eingangsbereich zu den Geschäftsräumen eines Reisebüros in der Marktstraße in Eisfeld angebracht war. Es entstand Sachschaden von etwa 50 Euro.

Hinweise nimmt die Polizei in Hildburghausen unter Tel. 03685/778-0 entgegen.